

Erftstadt

kompakt



Noch nie wurde so schlecht regiert

Die Fehler von CDU und FDP



Abzocke beim Abwasser: 1 Million teurer



Schülerlotsen: Sparen an der falschen Stelle



Wirtschafts-Park wird zum Millionen-grab

Erfststadt Kompakt



Ganz schön gefährlich

Lechenich. So geht es nicht weiter! Die Parkplätze an der Bonner Straße zwischen Esso-Tankstelle und Bonner Tor sind gefährlich. Beim Ausparken können die Autofahrer den fließenden Verkehr nicht einsehen. Der fließende Verkehr wird immer wieder aufgestaut. Gefährliche Situationen auch für Fahrradfahrer und Fußgänger.

Es gibt eigentlich nur eine sinnvolle Lösung: Die Parkplätze werden wieder längst der Fahrbahn angeordnet. Dann wäre auch Platz für einen vernünftigen Radweg. Mit diesem Vorschlag ist die Lechenicher SPD jedoch gescheitert. „Statt um die Sicherheit geht es CDU und FDP nur um mehr Parkplätze. Schade!“, meint Jörg Kliem, Vorsitzender der SPD-Lechenich.

Erfreuliche Nachrichten

Dirmerzheim. Gleich zwei erfreuliche Nachrichten erhielt in den letzten Wochen die Dirmerzheimer SPD-Stadtverordnete Marita Rusch. So ist die Kreisverwaltung fleißig dabei, Grundstücke für den Neubau der in Ortsumgehung Erfststadt-Dirmerzheim (K44/46) zu erwerben. Außerdem erhielt sie von der SPD-Bundestagsabgeordnete Helga Kühn-Mengel die Mitteilung, dass der Lärmschutz in Dirmerzheim entlang der Autobahn endlich verbessert wird. Auf dem vorhandenen Lärmschutzwall soll auf einer Länge von 500 Metern eine 4,50 Meter hohe Lärmschutzwand errichtet werden. ■

Die Stiftung Warentest hat den Liblarer See auch in diesem Jahr wieder als empfehlenswertes Badegewässer eingestuft. „Die Grenzwerte und strengeren Richtwerte wurden laut Stiftung Warentest immer eingehalten“, so Vizebürgermeister Alfred Zimmermann

(SPD). „Damit erreicht der See die höchste Qualitätsstufe.“ Der Otto-Maigler-See und der Heider Bergsee werden dagegen von der Stiftung Warentest nur als mittelmäßig eingestuft.



Liblarer See empfehlenswert

Der Liblarer See beherbergt einige der wichtigsten Freizeitangebote in Erfststadt, so unter anderem ein Freibad, einen Kanu-

über alle Parteigrenzen hinweg die Interessen der Volkshochschule zu vertreten. So gelang es ihm mit seiner einstimmigen Intervention beim Düsseldorfer Landtag zu erreichen, dass die Landeszuschüsse für die VHS wesentlich weniger gekürzt wurden, als dies ursprünglich von der Landesregierung geplant war. ■



Architektin beauftragt



Mit ihrem Vorhaben, die Musikschule in Liblar endlich zu sanieren, sind die Erftstädter Sozialdemokraten nun einen Schritt weiter gekommen. Einstimmig beauftragten die Mitglieder des Immobilienausschusses die Erftstädter Architektin Gudrun Langmack mit der Untersuchung des Gebäudes und der Planung der Sanierungsmaßnahme. Die Architektin hat sich in den vergangenen Jahren einen guten Ruf bei der Sanierung diverser Gebäude, vor allem auch Wohngebäude erworben. Ihre Spezialität ist insbesondere die energetische Sanierung.

Mehr Platz

Mit großem Aufwand wurde auf Betreiben der Liblarer Ortsvorsteherin, Isolde Moron, der Bürgersteig an der Carl-Schurz-Straße zwischen Viry-Chatillon-Platz und der Einmündung am Hahnacker auf beiden Seiten auf 1.20 bis 1.50 Meter verbreitert. Am Viry-Chatillon-Platz wurde zusätzlich ein Fußgängerüberweg geschaffen. ■

Liebe Leserin, lieber Leser,

Erftstadt kann mehr. Wir Sozialdemokraten glauben an diese Stadt. Erftstadt hat viele Potentiale, die genutzt werden müssen. Die Stadt braucht eine neue Politik.

Neue Impulse sind in der Wirtschaftspolitik erforderlich. Zuviel Kaufkraft wandert ab. Der Einzelhandel braucht Unterstützung. Wir Sozialdemokraten bieten sie dem Einzelhandel an. Die Politik kann keine neuen Geschäfte eröffnen. Rat und Verwaltung können aber die Rahmenbedingungen verbessern. Die Hauseigentümer und die Einzelhändler müssen das Ihre dazu tun. Viele runde Tische sind notwendig, an denen Politik, Verwaltung, Einzelhändler, Investoren und Eigentümer zusammen kommen müssen. Es geht dabei nicht nur um die beiden Zentren Liblar und Lechenich. Auch in den kleineren Ortsteilen brauchen die Menschen ein Angebot zur Deckung des täglichen Bedarfs.

Nach der ungeheuerlichen Abzocke von CDU und FDP bei den Abwassergebühren in diesem Jahr stehen für uns die kommunalen Gebühren weiter ganz oben auf dem Prüfstand. Wir werden uns vehement gegen weitere untergerechte Gebührenbelastungen der Erftstädter wehren. Wir werden zum Beispiel nicht zulassen, dass durch einen geänderten Gebührenmaßstab bei den Straßenreinigungskosten die Lasten verlagert werden. Wir werden der Berechnung der Straßenreinigungsgebühren nach Grundstücksgröße nicht zustimmen.

Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass in Erftstadt gerechtere Abwassergebühren eingeführt werden. Wir wollen die privaten Haushalte entlasten. Wir werden dafür kämpfen, dass die Erftstädter nicht mehr zahlen müssen als notwendig. Die Stadt spart über eine Million Euro beim Einsammeln und Abtransport des Mülls ab 2008 ein. Die Müllgebühren müssen deshalb deutlich sinken.

Erstmals nehmen die Erftstädter in diesen Wochen ihr Recht wahr, selbst über ein kommunalpolitisches Thema zu entscheiden. Engagierte Eltern wollen den städtischen Schülerlotsendienst erhalten. Mit dieser Unterschriftensammlung trotzen sie der Ratsmehrheit, die diese einfach abschaffen will.

Der Bürgerentscheid ist ein wichtiges Instrument, mit dem die Bürgerinnen und Bürger zwischen den Wahlterminen Einfluss auf die kommunale Politik nehmen können. Dieses Recht sollten die Erftstädterinnen und Erftstädter aber auch nutzen. Wir Sozialdemokraten wünschen uns eine hohe Beteiligung.

Wir Sozialdemokraten stehen zu dieser Stadt. Wir stehen zu den Menschen in dieser Stadt. Wir nehmen uns deshalb auch das Recht heraus, das, was schlecht ist, auch so zu nennen und Besseres zu fordern.

EDITORIAL



Bernd Bohlen,
Vorsitzender der
SPD-Fraktion im Rat
der Stadt Erftstadt



Uwe Wegner,
Vorsitzender der
SPD Erftstadt

Impressum

Herausgeber: SPD-Erftstadt, Vorsitzender Uwe Wegner (verantwortlich), Bahnhofstraße 38, 50374 Erftstadt

Redaktion: Bernd Bohlen, Jörg Kliem, Uwe Wegner

Fotos: Bernd Bohlen, Jörg Kliem, Uwe Wegner

Grafik und Realisation: MS Kompakt GmbH, Amsterdamer Straße 27, 50735 Köln, Telefon: 02 21/5 34 87 51, Fax: 02 21/5 34 87 53

Druck: Media-Print, Postfach 2 50, 24756 Rendsburg; **Auflage:** 20 000



Zum Einkaufen nicht attraktiv: Immer noch quält sich der Durchgangsverkehr durch die Altstadt von Lechenich

Erftstädter kaufen

Dass die Kaufkraft der Erftstädter zu einem großen Teil aus der Stadt abfließt, ist ein eindringlicher Beweis dafür, dass der Einzelhandel in der Stadt wenig attraktiv ist. Verantwortlich dafür sind eine Reihe von Versäumnissen, Fehlentwicklungen und falschen Weichenstellungen heute und in der Vergangenheit. Die Schuld an der Misere teilen sich in gleichem Maße Einzelhandel, Gewerbetreibende, Hauseigentümer, die städtische Wirtschaftsförderung und die Kommunalpolitik.

EINZELHANDEL ZERSPLITTERT

Bis heute gibt es in der Stadt Erftstadt keine gemeinsamen Anstrengungen, den Einzelhandel und dessen Leistungen gezielt im Bewusstsein der Erftstädterinnen und Erftstädter zu verankern. Statt Gemeinsamkeiten in den Vordergrund zu stellen, agieren die verschiedenen Interessengemeinschaften mehr gegeneinander als mitein-

ander. Die AHAG in Lechenich sieht allein im Stadtteil Lechenich das Zentrum des Handels in der Stadt. In Liblar gibt es sogar zwei verschiedene Interessens- und Werbegemeinschaften – im Erftstadtcener und an der Carl-Schurz-Straße in Alt-Liblar.

In ihren Aktionen und ihrer Außenwerbung konkurrieren die Interessengemeinschaften verstärkt miteinander. Dabei bemerken sie nicht, dass die eigentliche Konkurrenz nicht in der eigenen Stadt zu suchen ist, sondern vor allen Dingen in Köln, dem Hürth-Park oder den großen Einzelhandelsriesen auf der grünen Wiesen in der Nachbarschaft, vor allem in Frechen und Köln-Marsdorf. Statt gemeinsam für den Einzelhandel in Erftstadt zu werben, beobachten sie eifersüchtig die Aktivitäten des jeweils anderen.

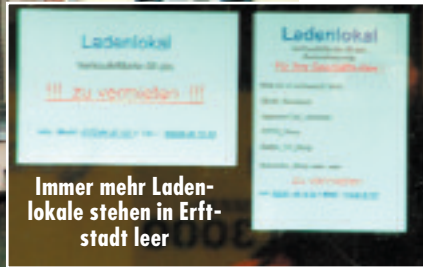
Kunden und Geschäftsleute nicht im Regen stehen lassen: Ein Gutachten soll Perspektiven für das EKZ in Liblar aufzeigen

Bei der Kaufkraft ist Erftstadt nach Pulheim Spitze im Rhein-Erft-Kreis. Bei der Bindung der Kaufkraft in der eigenen Stadt ist Erftstadt Schlusslicht.

Wer offenen Auges durch Erftstadt geht, erkennt schnell, dass es mit dem Einzelhandel in Erftstadt immer schneller bergab

geht. Das Einkaufszentrum in Liblar macht derzeit überwiegend negative Schlagzeilen. Mal sind es leer stehende La-





wenig in Erftstadt

denlokale, mal vermeintliche Randalen von Jugendlichen, mal kritische Stellungnahmen von Experten, die dem Ruf des Centers schaden. Kein Zweifel: Das Center in Liblar braucht neue Ideen, neue Initiativen, vor allen Dingen aber auch neue Investoren, die bereit sind, das gesamte Center wieder nach vorne zu

bringen. Die Erftstädter Sozialdemokraten waren es, die den Fokus der Politik nach Jahren wieder auf das Center richteten. Jetzt soll ein Gutachten Aufklärung bringen, wie es mit dem Center weitergehen kann.

Die Versuchung einzelner Lechenicher Einzelhändler, über die negative Entwicklung des Erftstadtcenters zu frohlocken, verstellt deren Blick dafür, die Realität im Zentrum der Lechenicher Altstadt richtig zu erkennen. Der Leerstand steigt auch dort. Die Abwertung ist auch dort längst deutlich zu erkennen. Wo einst Fachgeschäfte ihren Sitz hatten, sind auch in Lechenich Billig-Ketten eingezogen.

An dieser Abwertung sind auch in Lechenich nicht selten die Hauseigentümer maßgeblich beteiligt. Wer bei der Vermietung immer die maximal mögliche Miete herausholen will, darf sich nicht wundern, wenn sein Ladenlokal immer mal wieder leer steht oder nur Händler Interesse zeigen, deren Philosophie es ist, den schnellen Euro zu machen. Einzelhändler, die Seriosität,

Kundennähe, fachkundige Beratung und ein spezielles Sortiment anbieten, können bei den oft horrenden Mieten einfach nicht mithalten. Zugreifen werden die, die heute hier und morgen dort für einige Monate ihre Waren verramschen.

DISCOUNTER-BOOM

Das Einzige, das derzeit in Erftstadt boomt, ist die Ansiedlung von Discountern oder Lebensmittelmärkten. Die Eröffnung eines neuen Aldi-Marktes oder auch Lidl-Marktes ist mittlerweile zum Synonym der Erftstädter Einzelhandelspolitik geworden. Eine sehr einseitige und vor allem sehr einfältige Wirtschaftspolitik.

Weder Aldi noch Lidl werden den Einzelhandel in Erftstadt beleben oder nach vorne bringen. Discounter führen ein Eigenleben. Sie treten bundesweit auf. Der Aldi in Hamburg ist auch der Aldi in Berlin oder der Aldi in Erftstadt. Den Standort Erftstadt interessiert sie nur insoweit, als sie dort ihre Produkte an den Markt bringen können.

Bringt der Standort nicht den nötigen Profit, wird die Filiale schnell geschlossen.

Weder der Lidl- noch der Aldi-Markt haben dem Lechenicher Einzelhandel neue Impulse verschafft. Ein zukünftiger Aldi-Markt in Gymnich schafft auch dort keine neuen Anreize, sondern wird in der Nachbarschaft zum Rewe-Markt dafür sorgen, dass das einst gute Einzelhandelsangebot im Zentrum von Gymnich bald Geschichte ist. Eine Politik, die sich darin erschöpft, Discountern den Weg freizumachen, verstärkt den Trend zur Konzentration des Einzelhandels und damit dessen Niedergang in den kleineren Zentren.

Zugegeben: Eine Stadt wie Erftstadt kann dem allgemeinen Trend im Einzelhandel auf Dauer nicht widerstehen. Der Tante-Emma-Laden ist nun mal Geschichte. Für die großen Lebensmittelmärkte ist in den Zentren in der Tat kaum noch Platz. Doch nicht um jeden Stadtteil müssen sich Märkte auf der grünen Wiese etablieren. Gut geführte Fachgeschäfte haben





Bis heute gibt es in der Stadt Erfstadt keine gemeinsamen Anstrengungen, den Einzelhandel und dessen Leistungen gezielt im Bewusstsein der Erfstädterinnen und Erfstädter zu verankern

nach wie vor ihre Kunden und ihre Chancen.

Der Einzelhandel in Erfstadt muss sich dieser Entwicklung stellen. Der Ruf nach kostenlosen Parkplätzen vor jedem Geschäft allein reicht bei weitem nicht aus. Vor allem auch deshalb nicht, weil der Platz in den Zentren dafür gar nicht vorhanden ist. Andere Städte machen vor, dass attraktive Geschäfte durchaus auch ohne Parkplätze vor der Haustür im Zentrum überleben können. Gerade die Lechenicher Altstadt wäre ein geeigneter Ort, hier etwas völlig Neues umzusetzen.

Der Einzelhandel in Lechenich muss sich – unterstützt von Politik und Wirtschaftsförderung – auf seine Stärken konzentrieren. Dazu gehört ohne Zweifel die attraktive Bausubstanz. Dazu gehört aber auch, dass sich die Händler auf einheitliche Öffnungszeiten einigen. Auch die Breite des Angebots lässt mehr und mehr zu wünschen übrig. Ein starkes Verkehrsaufkommen, wenig Platz für Fußgänger und Radfahrer schränken derzeit die Attraktivität der Altstadt von Lechenich stark ein. Der

immer noch hohe Anteil des Durchgangsverkehrs bringt dem Einzelhandel nichts. Er schadet eher. Die bisher beschlossenen Maßnahmen zur Umgestaltung der Lechenicher Altstadt reichen nicht aus, die Attraktivität der Altstadt für Kunden zu erhöhen.

Wer als Kunde wegen ein paar Cent Preisdifferenz außerhalb Erfstadts kauft, darf sich natürlich auch nicht wundern, wenn auf Dauer immer mehr Fachhändler aufgeben.

EINZELHANDEL IN DEN KLEINEN ORTSTEILEN STARKEN

Der Blick auf die beiden großen Stadtteile darf den Blick der Politik und der Wirtschaftsförderung für die Belange der kleineren Ortsteile nicht verstellen. Auch dort wohnen Menschen, die ihren täglichen Bedarf befriedigen müssen. Und wenn dort der letzte Bäcker und Metzger verschwunden ist, werden es diese Stadtteile bei zurückgehender Bevölkerung immer schwerer haben, zu überleben. Noch gibt es durchaus Angebo-

te auch in den kleineren Stadtteilen. Diese müssen erhalten und, wenn möglich, ausgeweitet werden. Das ist eine der wichtigsten Aufgaben der Wirtschaftsförderung in der Stadt, die leider derzeit kaum beachtet wird.

ANSCHLUSS VERPASST

Erfstadts Kaufkraft geht aber nicht nur an Fachgeschäfte andernorts verloren. Erfstadts Kaufkraft fließt vor allem auch in den großflächigen Einzelhandel auf der grünen Wiese. Es stellt sich deshalb durchaus die Frage, ob nicht die eine oder andere Branche in den Erfstädter Gewerbegebieten Einzug halten soll. Einzelhandel in Gewerbegebieten, der den Zentren schadet, ist in der Tat möglichst fernzuhalten. Doch schadet ein Möbelhändler, ein Baumarkt oder auch einer der heutigen Elektronikmärkte tatsächlich dem Fachhandel im Zentrum? Die Frage ist sicherlich nicht einfach zu beantworten. Der Grat, der hier begangen werden müsste, ist schmal und gefährlich. Aber von vorneherein den

Versuch, durch die Ansiedlung solcher Märkte die Kaufkraft zu binden, abzulehnen, ist kein überzeugendes und zukunftsorientiertes Handeln. Für die SPD-Fraktion ist es deshalb bis heute unverständlich, warum CDU und FDP einen Vorschlag der Erfstädter Verwaltung ablehnten, prüfen zu lassen, ob in dem Wirtschaftspark Erfstadt nicht auch Einzelhandelsbranchen zugelassen werden sollen.

Mehr Phantasie muss nach Ansicht der Erfstädter Sozialdemokraten die kommunale Wirtschaftsförderung zukünftig für die Förderung des Einzelhandels entwickeln. Die Ansiedlung neuer Einzelhandels- und Gewerbeunternehmen ist ohne Zweifel eine wichtige Aufgabe. Es ist aber der einfachste Teil der städtischen Wirtschaftspolitik. Viel schwieriger und wichtiger ist es, das Einzelhandelsangebot vor Ort zu stärken und zu verbessern. Die Wirtschaftspolitik in Erfstadt wird sich zukünftig vor allem auch daran messen müssen, inwieweit es ihr gelingt, die Kaufkraft vor Ort zu binden. ■

Müllabfuhr muss jetzt deutlich billiger werden

Die Müllabfuhr in Erfststadt muss nun deutlich billiger werden, fordern die Erfststädter Sozialdemokraten. Die Stadt zahlt ab Januar 2008 für die Abfuhr der grauen Tonnen einschließlich der Schadstoffmüllsammungen nur noch 814 000 Euro. Bisher schlugen diese Leistungen mit über 2,1 Millionen Euro zu Buche.

„Wir setzen uns dafür ein, dass die deutlich geringeren Kosten nun voll und ganz auf die Gebührenzahler weitergegeben werden“, erklärt Fraktionsvorsitzender Bernd Bohlen für seine Fraktion. Er machte allerdings auch deutlich, dass seine Fraktion es sehr gerne gesehen hätte, wenn auch die Müllmenge je Haushalt weiter gemessen worden wäre, um auch zukünftig die Müllgebühren gestaffelt nach Aufkommen berechnen zu können. „Dass zukünftig der Anreiz wegfällt, Abfall zu vermeiden, halten wir unter ökologischen Gesichtspunkten für sehr bedenklich“, erklärt Bohlen. Der Rat hätte die Ausschreibung zumindest so formulieren können, dass

es alternative Angebote gegeben hätte.

Die erheblichen Verringerungen der Kosten erklären sich die Sozialdemokraten unter anderem auch damit, dass in den letzten Jahren die Monopole der Müllentsorger aufgebrochen wurden. „Ein Teil der gesparten Kosten geht zu Lasten der Arbeitnehmer der Entsorgungsunternehmen“, kritisiert Bohlen. Wenn Unternehmen nicht dem zuständigen Arbeitgeberverband angehören, zahlen sie auch deutlich unter Tariflohn.

Im Übrigen: Bei der Firma Remondis, die bisher den Müll in Erfststadt einsammelt und abtransportiert, droht der Abbau von 15 Arbeitsplätzen. Dabei handelt es sich um langjährige Arbeitsplätze in unserer Stadt. ■



SPD lehnt neuen Gebührenmaßstab ab

Die Stadtverwaltung will zum 1. Januar 2008 die Berechnungsmethode der Straßenreinigungsgebühren ändern. Sie werden steigen, da die europaweite Ausschreibung der Straßenreinigungsgebühren zu einem Kostenanstieg in diesem Bereich führt.

Besser wird die Straßenreinigung auch nicht werden, da CDU und FDP schon bei der Formulierung der Ausschreibung alle Vorschläge der SPD-Fraktion zu einer Verbesserung der Reinigung vom Tisch wischten. „Jetzt wird es nur teurer, die Qualität bleibt in vielen Bereichen schlecht“, urteilte Claudia Siebolds, Sprecherin der SPD-Fraktion im zuständigen Fachausschuss. Auf völlige Ablehnung bei der SPD-Fraktion stößt der Vorschlag der Verwaltung, ab 2008 die Berechnungsmethode für die Gebühren zu ändern. So sollen zukünftig die Gebühren nach der Größe des Grundstückes und nicht mehr nach der Länge der Straßenfront bemessen werden. Eine klare und eindeutige Benachteiligung derjenigen, die in den kleineren Ortsteilen wohnen, wo die Grundstücke größer sind.

Aus Fehlern lernen

Die SPD-Fraktion macht sich dafür stark, dass sich die Stadt erneut an dem Wettbewerb „Ab in die Mitte!“ bewirbt. Dabei soll die Stadt aus den Fehlern beim letzten Wettbewerbsbeitrag lernen.

Die Sozialdemokraten wollen, dass die Stadt in einem zukünftigen Wettbewerbsbeitrag Liblar und Lechenich als gleichberechtigte Zentren behandelt. Beide Stadtteile böten die unterschiedlichen zentralen Funktionen an. „Einen Wettbewerbsbeitrag unter dem Motto ‚Ab in die Mitte!‘ muss diese Zweipoligkeit berücksichtigen“, so Fraktionsvorsitzender Bernd Bohlen. Gerade die Zweipoligkeit der Stadt mache deren besonderen Charakter aus. Die Sozialdemokraten wollen auch, dass die städtischen Gremien bei erneuter Beteiligung an dem Wettbewerb ausreichend beteiligt werden. „Wir wollen keine Schlappe wie in diesem Jahr“, erklärt Vizebürgermeister Alfred Zimmermann. Das von der Stadtverwaltung eingesetzten Projektgruppe am Rat vorbei entwickelte Konzept fiel schlichtweg durch.

Dem Anliegen, dass zukünftig ein Wettbewerbsbeitrag nicht mehr an den städtischen Gremien vorbei weitergeleitet wird, stimmten auch CDU und FDP zu. Auch bei der Besetzung der Projektgruppe will der Erfststädter Stadtrat zukünftig ein Wörtchen mitreden. Keine Zustimmung bei der Ratsmehrheit fand die Forderung der SPD-Fraktion, die beiden großen Stadtteile gleichberechtigt zu beteiligen.

Widersprüche

Zum wiederholten Male sprachen sich kürzlich CDU und FDP gegen eine europaweite Ausschreibung der Stromlieferverträge der Stadt aus. Stattdessen stimmten sie einem neuen Vertrag mit dem RWE ohne Ausschreibung zu. Argumente der SPD-Fraktion für die Ausschreibung schob die Mehrheit kurzerhand beiseite.

Kurze Zeit später ging es im Kreistag um Stromlieferungsverträge für Einrichtungen des Kreises. Die Kreisverwaltung kam zu einem ganz anderen Ergebnis als die Stadt. Landrat Werner Stump (CDU) machte den Vorschlag, dem Angebot von RWE nicht zuzustimmen und die Stromverträge europaweit auszuscriben. Begründung: Man müsse den Wettbewerb unterstützen. CDU und FDP stimmten dem zu. Dabei auch CDU-Abgeordnete aus Erfststadt, die in der Stadt genau den gegenteiligen Beschluss gefasst hatten. Das soll mal einer verstehen?

Bisher hat jede der Erftstädter Grundschulen einen genau umrissenen Bezirk. Alle Grundschulkinder in diesem Bezirk müssen diese Schule besuchen.

Ab dem Schuljahr 2008/2009 ist dies anders. Wenn die Eltern im Herbst 2007 ihre Kinder zur Schule anmelden, haben sie erstmals die freie Wahl. Sie können ihr Kind auf eine der sieben Schulen anmelden. Sie dürfen sich ihre Schule aussuchen.

Ob sie diese theoretische Möglichkeit in der Praxis auch nutzen, ist ungewiss. Noch ungewisser ist, wie sie diese Freiheit nutzen und welche Auswirkungen dies auf die Schullandschaft hat.

Kaum jemand der in Gymnich wohnt, wird seinen Sprössling demnächst in der Grundschule in Erp oder in Bliesheim anmelden. Dagegen spricht schon die große Entfernung zwischen Gymnich und den beiden genannten Grundschulen.

Ganz anders sieht das demnächst aber in Ortsteilen wie Dirmerzheim, Köttingen, Blessem oder auch Friesheim aus. Heute gehören die Dirmerzheimer Kinder zum Schulbezirk Gymnich. Zukünftig besteht aber durchaus die Möglichkeit, dass Dirmerzheimer Eltern ihr Kind auf der Nordschule in Lechenich anmelden. Auch die Köttinger haben die Qual der Wahl. Sollen sie zukünftig nach Kierdorf oder nach Liblar zur Schule gehen? Ähnlich ist die Situation in Friesheim. Ist Bliesheim günstiger oder bleibt Erp der bevorzugte Schulort?

„Ein wichtiges Kriterium für die Schultscheidung wird die Frage sein, wie kommt mein Kind dort hin?“, glaubt der schulpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Helmut Ockenfels. Das Gesetz schreibt vor, dass die Schulkinder ein Anrecht darauf haben, zur nächstgelegenen Schule transportiert zu werden.

Für die Köttinger Kinder würde das heißen, dass einige die Fahrt nach Kierdorf, andere nur die Fahrt nach Liblar bezahlt bekä-

DIE GRUNDSCHULEN WERDEN ZU KONKURRENTEN



Der Wegfall der bisherigen Schulbezirksgrenzen zum Schuljahr 2008/2009 wird die Schullandschaft in Erftstadt stark verändern. Die sieben Erftstädter Grundschulen werden mehr und mehr zu Konkurrenten im Kampf um die Schülerinnen und Schüler der Stadt.

men. Ähnliches könnte auch für die Dirmerzheimer Kinder gelten. Auf keinen Fall würden aufgrund dieser Gesetzeslage die Blessemer Kinder, die bisher zur Grundschule in Bliesheim gefahren werden, weiter kostenlos dorthin transportiert werden. In der Folge würden viele Kinder aus Blessem dann nach Liblar eingeschult. Für die Bliesheimer Schule wäre dies ein erheblicher Verlust.

Damit die Eltern, die jetzt im Herbst ihre Kinder zur Grundschule anmelden, Sicherheit darüber haben, welche Anrechte sie beim Schülertransport ha-

ben, drängten die Sozialdemokraten im letzten Schulausschuss darauf, dass der Rat genaue Festlegungen trifft.

Einstimmig beschlossen die Mitglieder des Schulausschusses deshalb, dass ab dem Schuljahr 2008/2009 die Fahrtkosten für die Schülerinnen und Schüler entgegen dem Gesetz auch dann übernommen werden, wenn sie die nach den bislang gültigen Schulbezirken zuständige Grundschule besuchen. Das heißt: Bei den Schülertransporten bleibt es weitgehend beim Bisherigen. Eingeschränkt wird die Wahl-

freiheit der Eltern auch noch durch eine andere Tatsache. Die Aufnahmekapazitäten der Grundschulen sind durch das Raumangebot begrenzt. Deshalb wird der Rat in seiner Sitzung am 19. Juni die Aufnahmekapazitäten der einzelnen Schulen genau festlegen. Auf diese Weise hofft die Stadt, die gleichmäßige Auslastung aller sieben Grundschulen zu erhalten.

Dennoch ist zu befürchten, dass bei zurückgehender Bevölkerungszahl, vor allem bei zurückgehenden Schülerzahlen, die Schulen zu echten Konkurrenten untereinander werden. „Die Schulen werden mittelfristig um Schüler werben müssen“, so die Vorsitzende des Schulausschusses, Isolde Moron. Ein solcher Konkurrenzkampf sei weder für die Schulen noch für die Schüler besonders förderlich. ■

Der städtische Schülerlotsendienst sorgt dafür, dass rund 2 000 bis 2 500 Schülerinnen und Schüler jeden Tag sicher zur Schule kommen. Dies kostet je Schülerin/Schüler gerade mal 22 bis 28 Cent am Tag. Eine nur geringe Summe für die Sicherheit der Erftstädter Schulkinder. Ob der städtische Schülerlotsendienst auch in Zukunft bleibt, darüber entscheiden jetzt die Erftstädter Bürgerinnen und Bürger selbst. Vom 3. bis 16. Juni können sie ihre Stimme für den Erhalt der Schülerlotsen in einem der beiden Wahllokale in Erftstadt abgeben. Rund 40 000 Erftstädter haben in den vergangenen Tagen eine entsprechende Wahlbenachrichtigung bekommen. Die beiden Wahllokale in Liblar (Rathaus, Holzdammer 10, kleiner Sitzungssaal) und Lechenich (Haus Ganser, Bonner Straße 9-



Freigeekauft

Mit ihrem Zuschuss in Höhe von je 5 000 Euro für die Grundschulen zur Verkehrserziehung haben sich CDU und FDP aus der Verantwortung für die Schulwegsicherung in Erftstadt freigeekauft. Sollte in den nächsten Jahren ein Schulkind auf dem Weg zur Schule verunglücken, werden sie wohl zunächst einmal die Schulleiter zur Rechenschaft ziehen. Ihre erste Frage wird sein, inwieweit die Schulleiter diese Mittel in die Schulwegsicherung gesteckt haben.

Lebensgefahr

Lechenich. Zebrastreifen sind nicht sicher. Am Kreisel am Lidl-Markt in Lechenich wurde jetzt eine Frau auf dem Fußgängerüberweg angefahren und schwer verletzt.

Im Erftstadt-Anzeiger zogen die Anlieger ein ernüchterndes Fazit: „Die Fußgängerüberwege bieten keine Sicherheit. Im Gegenteil: Kinder, die in der Schule oder im Kindergarten gelernt haben, dass die Autos halten müssen, ahnen nicht, dass sie beim Überqueren der Straße in Lebensgefahr schweben.“

Schülerlotsen schaffen Sicherheit

11) sind in dieser Zeit täglich – auch an Samstagen, Sonntagen und Feiertagen – geöffnet. Bei den Haushaltsplanberatungen für die Jahre 2006/2007 beschlossen CDU und FDP zu Beginn des Schuljahres 2007/2008 die komplette Abschaffung des städtischen Schülerlotsendienstes. Das war die einzige Sparmaßnahme im gesamten Haushalt. Ansonsten nahmen CDU und FDP ein Defizit von 19,3 Millionen Euro für die beiden Jahre in Kauf. Bis Ende 2006 stiegen die Verluste auf insgesamt 31 Millionen Euro. Dass sich mit dem lächerlichen Einsparbetrag von 80 000 Euro ein selbst verschuldeter maroder Haushalt sichern lässt, ist schlichtweg eine Lüge.

ELTERN WEHREN SICH

Besorgte Eltern der Grundschulen in Lechenich und Liblar haben in einer beispiellosen Aktion innerhalb weniger Wochen

weit über 3 000 Unterschriften für den Erhalt der Schülerlotsen gesammelt. Für die Organisatoren der Initiative, Dagmar Andres, Norbert Knippprath und Marko Advena, war das ein sehr großer Erfolg.

Der Rat hätte dem Begehren der Bürger zustimmen und den Schülerlotsendienst weiter beibehalten können. Doch stattdessen hielten CDU und FDP an ihrem unüberlegten, folgenschweren Beschluss fest. Damit verantworten sie nun auch den ersten Bürgerentscheid in dieser Stadt und die damit einhergehenden horrenden Kosten von knapp 50 000 Euro.

Gegen die Abschaffung der Schülerlotsen sprechen eine Reihe von gewichtigen Gründen:

- Die Sicherheit der Erftstädter

Schülerinnen und Schüler auf ihrem Schulweg sinkt rapide. „Das darf nicht sein!“, erklärt Dagmar Andres von der Bürgerinitiative. Seit Mitte der 70er Jahre sind die Schulwege in Erftstadt die sichersten im Rhein-Erft-Kreis, meint der



Ja zum Bürgerentscheid

schulpolitische Sprecher, Helmut Ockenfels. Das sei in erster Linie ein Verdienst der Schülerlotsen. Die sorgten nicht nur dafür, dass die Schülerinnen und Schüler sicher über die Straße kämen, sondern auch für einen fließenden Verkehr.

- Die Abschaffung des städtischen Schülerlotsendienstes ist nach Ansicht der Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratische Frauen, Claudia

Siebolds, ein gewaltiger Rückschritt für die Familienpolitik in Erftstadt. Eine familienfreundliche Politik zeichne sich auch dadurch aus, wie sicher die Kinder im Straßenverkehr, vor allem auf dem Schulweg, seien. „Wir Sozialdemokraten wollen nicht, dass Erftstadt nur in Sonntagsreden eine familienfreundliche Stadt ist“, erklärt die SPD-Stadtvorordnete Bettina Zilliken.

Die Antwort auf die Frage im Bürgerentscheid „Soll der städtische Schülerlotsendienst über das Schuljahr 2006/2007 durchgeführt werden und damit der Ratsbeschluss vom 26. September 2006 aufgehoben werden?“ kann nur **JA** heißen. „Zeigen Sie CDU und FDP die rote Karte! Lassen Sie nicht zu, dass deren starrhalsige Politik die Sicherheit der Schulkinder in unserer Stadt gefährdet“, ruft die Vorsitzende des Schulausschusses, Isolde Moron, die Erftstädter für ein **JA** zum Bürgerentscheid auf. ■

Mit der Aussage „Erftstadt wird weit unter Wert regiert“ greifen Bohlen und Wegner ein Zitat der Spitzenkandidatin der CDU im Kommunalwahlkampf 2004 auf. „Das war das einzige Mal, dass wir ihr Recht geben mussten“, so Bohlen und Wegner. „Die Mehrheit von CDU und FDP hat Erftstadt über Jahre hinweg weit unter Wert regiert. Und heute müssen wir feststellen: Erftstadt wurde noch nie so schlecht regiert wie heute.“

SCHULDEN SIND JAHR FÜR JAHR GESTIEGEN

Zu keiner Zeit habe die Mehrheit zum Beispiel die desolante Finanzsituation in den Griff bekommen, werfen Bohlen und Wegner der Koalition vor. Seit zehn Jahren steige die Verschuldung der Stadt kontinuierlich an. Seit zehn Jahren sähen CDU und FDP hilflos zu, wie deshalb die Entwicklung der Stadt immer mehr zum Stillstand käme. „Jetzt zocken CDU und FDP die Abwasserkunden mit über einer Millionen Euro im Jahr ab, um überhaupt noch über die Runden zu kommen“, kritisiert Bernd Bohlen.

Ratlosigkeit wirft die SPD der Ratsmehrheit auch beim Wirtschaftspark Erftstadt vor. „Das sollte ein Vorzeigebjekt von CDU und FDP werden. Herausgekommen ist der größte Flop in der Wirtschaftspolitik

Bürgerbüro jetzt einrichten

Die Erftstädter Sozialdemokraten fordern Bürgermeister Ernst-Dieter Bösche auf, das in Liblar geplante Bürgerbüro im Erdgeschoss der Rathauses jetzt einzurichten. Die dafür erforderlichen 80 000 Euro sollten über einen Nachtragshaushalt bereitgestellt werden.

Die Stadt hat das Ladenlokal im letzten Jahr gekauft. Seit dieser Zeit steht es leer, weil CDU und FDP wollen, dass das Lokal bis zum Jahr 2010 zunächst weitervermietet wird.

Doch keiner greift zu. Kein seriöser Einzelhändler mietet ein Lokal für nur drei Jahre. Allenfalls so genannte Ein-Euro-Läden melden ihr Interesse an.

Die Unternehmensberatung vom BBE, die auch die Studie über das Einkaufszentrums in Liblar durchführen soll, hat empfohlen, das Lokal bereits jetzt als Bürgerbüro zu nutzen. Genau dafür ist es auch gekauft worden.

ERFTSTADT WURDE NOCH NIE SO SCHLECHT REGIERT

Die Stadt wird weit unter Wert regiert. „Die Mehrheit hat kein Konzept, Erftstadt fehlt jegliche politische Führung.“ Diese negative Halbzeitbilanz ziehen SPD-Fraktionsvorsitzender Bernd Bohlen und SPD-Parteivorsitzender Uwe Wegner.

der Stadt“, fasst Wegner die Meinung der Sozialdemokraten zusammen. Statt jetzt endlich das Konzept komplett zu überarbeiten, verharre die Mehrheit in ihrer selbstherrlichen Überschätzung, dass sie alles richtig gemacht habe. Rund vier Millionen Euro habe das Prestige-Projekt bisher gekostet. Jeden Tag verliert die Stadt dort weiter Geld.

LIBLAR HAT BEI CDU UND FDP KEINE LOBBY

Die Sozialdemokraten werfen CDU und FDP zudem vor, wichtige Projekte verschlafen oder auf die lange Bank geschoben zu haben. Als Beispiel nennen sie unter anderem die Entwicklung am Liblarer Bahnhof. Seit Jahren komme man dort keinen Schritt weiter. Lesen Sie dazu auch den Artikel auf Seite 13.

„Liblar hat bei der CDU einfach keine Lobby“, so ein Fazit der Sozialdemokraten. Das zeige sich auch an der Blockade von CDU und FDP, den Bürgerservice in Liblar zu verbessern. Das dazu eigens gekaufte Ladenlokal in Parterre des Rathauses in Liblar steht derzeit leer, weil CDU und FDP nicht wollen, dass Bürgermeister Ernst-Dieter Bösche das geplante Bürgerbüro nun dort auch einrichtet, bevor der Neubau für ein



Kein Plan beim Klimaschutz



Bürgerbüro in Lechenich fertig ist, argwöhnt Liblars Ortsvorsteherin Isolde Moron.

AUF TRAB GEBRACHT

Bewegung gibt es nach Ansicht der Sozialdemokraten jetzt zumindest beim Klimaschutz. Die Einstellung eines Energieberaters - wie von SPD und Grünen seit Jahren gefordert - lehnt die Ratsmehrheit zwar immer noch ab, doch zumindest eine Fach-Ingenieurin für diesen Bereich wurde jetzt im zuständigen Immobilienbetrieb eingestellt. „Ein erster kleiner Schritt in die richtige Richtung“, so Bohlen und Wegner. Dass die beiden Fraktionen jedoch nicht die Größe haben, endlich den Vorschlag der SPD aufzugreifen, bleibt für die Sozialdemokraten unverständlich.

Der Vorwurf der Erftstädter Sozialdemokraten, beim Klimaschutz spiele die Stadt allenfalls in der Kreisliga, hat sowohl die Mehrheitsfraktionen als auch die Stadtverwaltung auf Trab gebracht. Plötzlich wird ein seit Jahren gefordertes Dachflächenkataster für Solaranlagen angefertigt. Auf einmal

Abzocke beim Abwasser



rechnen sich auch Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden, was die Stadtverwaltung vor knapp anderthalb Jahren noch bestritten hat. Ein solches Kataster katapultiert die Stadt aber längst noch nicht in die Bundesliga, wie die Verwaltung kürzlich kund tat. „Solange es nur bei Absichtserklärungen bleibt, spielt die Stadt weiter nur in der Kreisliga“, so Bernd Bohlen.

Erfreulich sei jedoch die Tatsache, dass der Rat nun einstimmig beschlossen habe, im Schulzentrum in Lechenich ein Nahwärmenetz zu bauen. Die mit rund einer halben Millionen Euro veranschlagte Maßnahme passierte einstimmig alle Gremien der Stadt. Die daraufhin folgerichtige Entscheidung, die Wärme nun mit regenerativen Energien zu erzeugen, wird jedoch wieder im Kirchturmsdenken der Erftstädter Politik zerredet. Einem Investor, der eine Biogasanlage neben den WirtschaftsPark bauen und damit die Energie für das Schulzentrum liefern wollte, erteilte CDU-Fraktionsvorsitzender Alfred Zerres bereits eine Absage. Zu nah an Ahrem, so das Urteil des CDU-Spitzenpoliti-

Millionengrab WirtschaftsPark



kers, der dort wohnt. „Beim Klimaschutz ist es in Erftstadt wie bei der Echternacher Springprozession. Drei Schritte vor und dann gleich wieder zwei Schritte zurück“, kommentieren Bernd Bohlen und Uwe Wegner diese Politik.

ERFTSTADT KANN MEHR

Erftstadts Sozialdemokraten sind sich sicher: Erftstadt kann weit aus mehr. Die Stadt hat durchaus

Potenziale. Mit nur einer Stimme Mehrheit in der Koalition kann man keine vernünftige Politik im Interesse der Stadt machen. CDU und FDP müssten endlich ihre Blockadehaltung gegenüber den Vorschlägen der Sozialdemokraten aufgeben. „Gemeinsam können wir durchaus einiges auf den Weg bringen“, glauben Bohlen und Wegner. „Wenn wir nicht jetzt zu gemeinsamen Lösungen kommen, wann dann?“

Ablenkungsmanöver

Die neue Gebühr, die die Erftstädter seit Beginn dieses Jahres bei Anlieferung von Grünabfällen im VZEK zahlen müssen, stößt zu Recht auf große Empörung und breite Ablehnung. Diese Stimmung wollte die CDU-Fraktion offensichtlich für sich nutzen. Flugs formulierte sie einen Antrag an Bürgermeister Ernst-Dieter Bösche, in dem sie forderten, die Stadt möge doch bitte mit dem VZEK Verhandlungen mit dem Ziel aufnehmen, die neue Gebühr von fünf Euro je Anlieferung wieder rückgängig zu machen.

Ein recht durchsichtiges Ablenkungsmanöver: Weder die Stadt noch die Betreiber des VZEK sind für die Einführung der Gebühren verantwortlich. Den Beschluss dazu fasste der Kreistag mit der Mehrheit der Stimmen von CDU und FDP gegen die der SPD. Wenn die CDU tatsächlich die Abschaffung der Gebühr will, muss sie ihre Kreistags-Mitglieder Michael Schmalen, Everhard Fassbender, Theo Mechernich und Heinz Küpper, die die Gebühr beschlossen haben, zum Handeln zwingen. Die müssen dann im Kreis beantragen, die Gebühr wieder abzuschaffen. Wenn die CDU diesen Weg geht, kann sie auf die Unterstützung der Sozialdemokraten zählen.

Jugendliche und Politik?
 Man hört oft, dass dies nicht so recht zusammenpasst. Aber in Erfstadt ist dies ganz anders. Hier ist die Jugend gar nicht so Politik verdrossen, wie man immer meint.

In Erfstadt gibt es seit Jahren eine gut funktionierende Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten. Das ist eine Reihe junger Leute, so Anfang Zwanzig, die sich um die Jugendpolitik in Erfstadt kümmern. Sie bringen sich gleichzeitig intensiv in die örtliche Partei ein.

„Uns eint der Gedanke, dass wir uns für Interessen und Bedürfnisse der Jugendlichen in Erfstadt einsetzen wollen“, erklärt die vor kurzem gewählte neue Vorsitzende Annika Ostendorf (21 Jahre).

Ulrike Petig (24 Jahre), die Stellvertreterin Annika Ostendorfs, macht mit, weil sie durch konkrete Aktionen im Bereich der Jugendpolitik andere junge Menschen, insbesondere Schüler, auf die Bedeutung politischer Belange in Erfstadt aufmerksam machen möchte. Sie will zeigen, dass man sich auf



Der Juso-Vorstand (von links): Armin Bruske, Eva Debus, Martin Krupp, Annika Ostendorf, Janosch Pietrzyk, Ulrike Petig und Holger Nietgen

JUGEND IN DER SPD

verschiedene Art und Weise einbringen kann und dadurch auch etwas verändern kann. „Ich halte es für eine wichtige Aufgabe, politisches Interesse zu wecken und den jungen Menschen zu zeigen, dass sie besonders auf kommunaler Ebene Mitwirkungsmöglichkeiten haben.“

Wie funktioniert Politik? Wie kommen Gesetze zustande? Wer sind die Akteure der Politik? Das sind Fragen, die die jungen Leute spannend finden. Annika Ostendorf hat deshalb vor einiger Zeit bei einer mehrtägigen Aktion „Jugend im Parlament“ in Berlin teilgenommen.

Mit fast 400 eingeladenen jungen Leuten probte sie im Berliner Reichstag den Ernstfall.

Bei den Jusos und bei der Kommunalarbeit in Erfstadt sei sie direkt dabei, wenn Politik stattfindet, erklärt sie. Auf dieser ersten Ebene bekomme man schon einen richtig guten Eindruck davon, wie Politik abläuft.

Dass sie sich als junger Mensch aktiv in die Kommunalpolitik einbringen kann, ist auch für Ulrike Petig ein Grund, aktiv mit zu machen.

Janosch Pietrzyk (21) ist schon länger dabei. Kommunalpolitische Erfahrungen sammelt er

seit Jahren im Ausschuss für Öffentliche Ordnung und Verkehr. Sein Interesse an der SPD sei durch die Berichterstattung über die Politik im Bund geweckt worden, sagt er. Erst danach hatte er ein Interesse für die kommunale Ebene entwickelt. „Als Bürger reicht es mir nicht, mich nur in Wahlen und Abstimmungen am politischen Geschehen zu beteiligen. Ich nehme auch mein Gestaltungsrecht war“, so Pietrzyk. Die SPD bietet dazu viele Möglichkeiten.

Erfahrene Hasen in der Kommunalpolitik sind die beiden Brüder Thomas und Martin Krupp. Thomas ist schon seit längerem im Immobilienausschuss.

Thomas und Martin Krupp, Janosch Pietrzyk, aber auch Holger Nietgen, der Mitglied im Ausschuss für Stadtentwicklung ist, dokumentieren auch, dass junge Leute bei der SPD in der Politik gerne gesehen sind. Das zeigt, dass die SPD ihnen die Chance eröffnet, sich einzubringen.

Zu tun gibt es für junge Leute in der Stadt viel. Ihr Interesse können junge Leute am besten selbst formulieren und durchsetzen. Die Jusos laden alle ab 14 Jahre zum Mitmachen ein. ■

Die Vorbereitungen für

Jugendräume Liblar

die Errichtung der Jugendräume in der Nachbarschaft der Musikschule kommen in die entscheidende Phase. Noch vor der Sommerpause wird der Rat die Offenlage des Bebauungsplanes beschließen. Während dieser Offenlage können noch einmal Bedenken vorgetragen werden. Darüber wird dann der Rat im Herbst entscheiden.

Den notwendigen Beschluss zur Durchführung eines Architektenwettbewerbes zum Bau der Jugendräume fassten die Mitglieder des zuständigen Immobilienausschusses im Mai einstim-

mig. Sobald die Bauleitplanung beendet ist, soll

der Wettbewerb anlaufen.

Im Jugendhilfeausschuss setzten sich CDU und FDP mit ihrem Ansinnen durch, die Einrichtung nicht durch das städtische Jugendamt, sondern von einem Dritten zu betreiben. Interesse bekunden die Caritas und die Arbeiterwohlfahrt. Bleibt es dabei, wird sich die Stadt von zwei Mitarbeitern trennen müssen.

Die SPD-Fraktion hatte sich für den Vorschlag der Stadtverwaltung eingesetzt, nach dem die Stadt und ein Dritter je zur Hälfte die Verantwortung für den Betrieb der Halle übernehmen sollten.

Der Bahnhof in Liblar ist einer der am stärksten frequentierten Bahnhöfe auf der Eifelstrecke. Über 2 000 Fahrgäste steigen hier täglich ein und aus. Schneller als mit der Bahn ist das Zentrum in Köln einfach nicht zu erreichen.

Das politisch gewollte Ziel, möglichst viele Pendler vom Auto auf die Bahn zu bringen, ist damit eigentlich erreicht. Erstaunlich, wenn man sich die Bedingungen rund um die „Haltestelle“ ansieht. Das Umfeld ist ungepflegt. Die Parkplatzsuche entwickelt sich täglich zum Stress. Bei Regen stehen die Fahrgäste buchstäblich in demselben. Es tut sich nichts.

Ganz anders dagegen sieht es bei anderen Bahnhöfen auf der Eifelstrecke aus. Für gut zwei Millionen Euro wird derzeit der wesentlich weniger frequentierte Bahnhof in Brühl-Kierberg umgebaut. Der Bahnhof in Euskirchen wird ebenfalls mit mehreren Millionen Euro verbessert. In Liblar war Ähnliches geplant. Rund zwei Millionen Euro wollte die Bahn in eine Verbesserung des Bahnhofes stecken, unter anderem in eine Unterstellmöglichkeit auf dem mittleren Bahnsteig.

ERFTSTÄDTER CDU-POLITIKER VERHINDERN AUSBAU

Dafür, dass der Bahnhof irgendwann aus der Verbesserungsoffensive der Bahn herausfiel, ist allein die Erfstädter CDU verantwortlich. Der Zickzackkurs der CDU-Politiker hat dafür gesorgt, dass alle anderen Beteiligten dem Vorhaben keine hohe Priorität mehr eingeräumt haben.

Bis zur Kommunalwahl 1994 forderten die Liblarer CDU-Politiker, allen voran Theo Mechernich, die Verlegung der



OSTTANGENTE AUF DEM ABSTELLGLEIS

Die Osttangente, das wichtigste Straßenprojekt in Liblar, ist in den nächsten Jahren nicht mehr zu realisieren. Stadt, Kreis, Bundesbahn und vor allem die CDU haben das Projekt in den letzten Jahren auf die schiefe Bahn gebracht.

Osttangente hinter den Bahndamm durch den rekultivierten Ville-Wald. Die Forderung stieß sowohl bei den Naturschutzverbänden als auch bei denen, die das Ganze finanzieren sollten, auf wenig Verständnis.

Als dann die CDU 1994 die Verantwortung in Erfstadt übernahm, war sie an der Reihe, ihre illusorische Forderung umzusetzen. Schnell wurde ihnen

klar: Die Osttangente war nur vor dem Bahndamm zu verwirklichen.

Was nun folgt, hat allein den Grund, dass die CDU-Strategen ihr Gesicht wahren mussten. Dafür steckten sie eine Menge Geld in überflüssige Planungen.

Dafür riskierten sie das Scheitern der Osttangente, dafür nahmen sie in Kauf, dass der Bahnhof Liblar aus der Umbauförderung herausfiel.

Zunächst kamen die Christdemokraten auf die abstruse Idee, den Bahnhof 25 Meter Richtung Ville-Wald zu verschieben. Die Osttangente wäre dann wenige Meter mit verschoben worden. Über zehn Mil-

lionen Euro hätte allein die Verlegung des Bahnhofes gekostet. Eine verrückte Idee, deren Realisierungschance von Anfang an gleich Null war. Dennoch wurden einige zehntausend Euro in die Planung gesteckt. Bis jedoch die CDU-Strategen

„ Die CDU lässt
Bahnfahrer im Regen
stehen. “

Franz Schmidt, Stadtverordneter

ihr Scheitern zugaben, gingen wieder ein paar Jahre ins Land. Schlimmer noch: Die Bahn stieg aus der geplanten Baumaßnahme am Bahnhof aus – mit der folgerichtigen Begründung, die Verantwortlichen vor Ort sollten sich doch zunächst einmal einigen, was sie denn am Bahnhof wollten. Das knapp bemessene Geld der Bahn war andernorts sehr willkommen, etwa in Kierberg oder Euskirchen.

Nun initiierten die CDU-Experten ein Bürgerwerkstattverfahren. Dort wurden mit Beteiligung der Anlieger, der Politik und der Planer neue Vorstellungen entwickelt – unter anderem auch eine Tieflage der Osttangente vor dem Bahnhof. Auch das Umfeld des Bahnhofes sollte stark aufgewertet werden. Der Kreis übernahm die Federführung.

Als dann im Jahr 2005 die Stadt gemeinsam mit der Bahn das Bahnumfeld plante, kam es zu ersten Reibereien mit dem Kreis, der für den Verlauf der Trasse der Osttangente verantwortlich ist. Kreisdezentern Manfred Kohlmann forderte die Stadt und die Bahn damals auf, nichts mehr zu unternehmen und zunächst die Planungen des Kreises abzuwarten. Spätestens Ende des Jahres werde er dann eine abgestimmte Planung vorstellen.

Das war vor knapp zwei Jahren. Der Kreis hat bis heute keine Planung vorgestellt. Die Unstimmigkeiten zwischen Stadt, Kreis und Bahn sind heute größer denn je. Und bei der letzten gemeinsamen Veranstaltung im Erfstädter Rathaus kam dann für viele Beteiligte das nicht mehr so ganz überraschende Ergebnis: Der Bau der Osttangente ist in den nächsten Jahren sehr unwahrscheinlich. „In den nun fast 13 Jahren, in denen die CDU für die Stadt Verantwortung trägt, wurde die Osttangente auf ein Abstellgleis gefahren“, ziehen die Liblarer SPD-Stadtverordneten ein ernüchterndes Fazit. ■

Erftstadt bouleva



Blessemer Schildbürgerstreich oder aktiver Nichtrauchererschutz

► „Darüber lacht ganz Blessem“, schmunzelt Vizebürgermeister Alfred Zimmermann und zeigt dabei auf einen Zigarettenautomaten an Blessems einziger Kneipe. Dort, so hatte ihm der Blessemer Helmut Jung berichtet, wurde vor kurzem ein neuer Bürgersteig angelegt. Der war in der Höhe des Zigarettenautomats zu schmal, befand der Blessemer. Der müsse an anderer Stelle montiert werden, damit die Passanten nicht auf die Straße treten müssten. Helmut Jung wandte sich an das Ordnungsamt. Das hielt sich nicht für zuständig und schaltete das Bauamt ein. Zunächst geschah nichts. Doch dann stellte Helmut Jung fest, dass die Stadtverwaltung den Bürgersteig rund um den Zigarettenautomaten hat verbreitern lassen. „Ein Schildbürgerstreich“, ist sich der Blessemer mit Alfred Zimmermann einig. Oder war das Erftstadts Beitrag an der Diskussion zum Nichtrauchererschutz? ■

Bekennender Haie-Fan

► Die Friesheimer SPD-Stadtverordnete Claudia Siebolds feiert nicht nur gerne Karneval. Die amierende Karnevalsprinzessin ist auch seit Jahren begeisterte Anhängerin der Kölner Haie. Und weil Claudia Siebolds ihre Arbeit als Prinzessin so gut gemacht hat, überraschten ihre Parteifreunde sie bei einem Spiel ihres Lieblingsclubs mit einem besonderen Geschenk. Das Haie-Maskottchen überreichte ihr ein neues Trikot. ■



Bogenschützen am Ziel

► Endlich eine dauerhafte Heimat gefunden hat der Bogensport-Club Erftstadt. Nach langem Suchen soll ab Herbst dieses Jahres im Römerhoffpark zwischen Lechenich und Liblar in Eigenleistung das neue Vereinsgelände entstehen. Das Trainingsgelände im Friesheimer Busch hat dann ausgedient. Der Vorsitzende des Vereins Wolfgang Schumacher sowie seine Frau Dagmar und Sohn Heiko sind begeisterte Bogenschützen und haben schon eine Reihe von Titeln gewonnen. Näheres über den Verein erfährt man im Internet unter www.bsc-erftstadt.de oder beim Vorsitzenden unter der Telefonnummer 02254/3380.



rd



SPD ehrt Mitglieder

► Auf stolze 50 Jahre Mitgliedschaft in der SPD kann der Kierdorfer Joseph Dorweiler zurückblicken. Er war damit das langjährigste Mitglied, das in einer kleinen Feierstunde in Kierdorf geehrt wurde. 25 Jahre Mitglied sind Hansbert Mocken (Liblar), Dr. Martin Wölfle (Liblar), Peter Isakeit (Lechenich), sowie der Vorsitzende der SPD im Rat der Stadt Erfstadt Bernd Bohlen (Bliesheim). SPD-Vorsitzender Uwe Wegener und die Bundestagsabgeordnete Helga Kühn-Mengel fanden ganz persönliche Worte, mit denen sie die Lebensläufe der Jubilare darstellten.



Pfiffige Geschäftsidee

► Eine pfiffige Geschäftsidee hatte jetzt der Erfstädter Jungunternehmer Marco Baier. Mit seinem „Fahrradkurier-Erfstadt“ bietet der Jungunternehmer neben den normalen Kurierdiensten auch andere Beförderungsdienste an, wie etwa Einkäufen. Wer Interesse an dem Angebot hat kann Näheres im Internet unter **Fahrradkurier-Erfstadt.de** oder per Telefon unter 02235/698489 erfahren. Die Erfstädter Sozialdemokraten haben gute Erfahrungen mit Baier gemacht. Vor kurzem lieferte er an die knapp 400 Mitglieder ein Einladungsschreiben zur Mitgliederversammlung aus.

Wer im Glashaus sitzt ...

► Ausgerechnet der stellvertretende Schulleiter des Gymnasiums Lechenich, Franz Holtz, wird nicht müde, die vermeintlich zu hohen Stundenlöhne der Schülerlotsen in Erfstadt zu kritisieren. Doch der sollte lieber mal bei sich selbst anfangen zu rechnen. Als dritter stellvertretender Bürgermeister kassiert er Monat für Monat neben seiner Aufwandsentschädigung als Stadtverordneter noch 489 Euro und damit mehr als die Schülerlotsen. Allenfalls fünf Termine muss er im Monat absolvieren. Kostet die Stadt pro Auftritt zwischen 80 und 100 Euro. Wenn es um sein eigenes Portemonnaie geht, ist der Mann, der immerhin ein Gehalt von über 4000 Euro kassiert, nicht kleinlich: Im Schulausschuss setzte er sich vehement dafür ein, das Essen für Lehrer in der Mensa aus städtischen Mitteln zu bezuschussen. ■

Unterstützen Sie mit Ihrem deutlichen Ja zum Bürgerentscheid die Elterninitiative zur Rettung des Schülerlotsendienstes. Vom 3. bis 16. Juni 2007 ist für die Einwohner von Ahrem, Borr, Dirmerzheim, Erp, Friesheim, Gymnich, Herrig, Konradsheim, Lechenich und Niederberg das Abstimmungslokal im Rathaus „Haus Ganser“, Bonner Straße 9-11, Erfstadt-Lechenich, geöffnet. Die Einwohner von Blessem, Frauenthal, Bliesheim, Kierdorf, Köttingen und Liblar können im Wahllokal im Rathaus Liblar, Holzdamm 10, Erfstadt-Liblar, abstimmen. Die Wahllokale sind von montags bis samstags von 9.00 bis 12.00 Uhr und von 14.00 bis 16.00 Uhr sowie an den beiden Sonntagen und Fronleichnam von 10.00 bis 14.00 Uhr geöffnet.



J A

zum Bürgerentscheid